



166. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
24.Mai 2016

Antrag 1

Transparenz für Eigentümer von Briefkastenfirmen

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

„Die Einrichtung von Registern über die wirtschaftlich berechtigten Eigentümer von Briefkastenfirmen.“

Die Panama Papers zeigen nochmals den dringenden Handlungsbedarf bei den „Briefkastenfirmen“ Aktuelle Schätzungen sprechen von Summen zwischen 21.000 bis 32.000 Milliarden US-Dollar. Während wir Arbeitnehmer jährlich um weltweit zig Milliarden Dollar durch Steuerbetrug der Reichen geprellt werden, baut man in Europa lieber den Sozialstaat ab. In Österreich plant man aktuell Kürzungen bei der finanziellen Unterstützung für die Schwächsten der Gesellschaft.

Im weltweiten Betrugssystem der „wirtschaftlichen Eliten“ ist der jüngste Fall kein Einzelfall. Seit vielen Jahren ist bekannt, dass Panama rund 350.000 geheime Briefkastenfirmen beherbergt und trotzdem unglaublicher Weise noch hinter Hongkong und den British Virgin Islands zurückliegt.

Wir als Liste Perspektive fordern Steuergerechtigkeit und damit die sofortige Einrichtung öffentlicher Register über die Eigentümer von „Briefkastenfirmen“. Die weltweiten Schattenfinanzzentren können nur durch eine vollkommene Transparenz bekämpft werden.

| | | | | |
|-------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------------------|
| Angenommen <input type="checkbox"/> | Zuweisung <input type="checkbox"/> | Ablehnung <input type="checkbox"/> | Einstimmig <input type="checkbox"/> | Mehrstimmig <input type="checkbox"/> |
|-------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------------------|



166. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
24.Mai 2016

Antrag 2

Kennzeichnung der Zuckermenge in Lebensmitteln

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Einführung einer verpflichteten Kennzeichnung der Zuckermenge auf Lebensmittelverpackungen in der Einheit „Stückzahl Würfelzucker“

Die Zahl der Menschen, die unter Diabetes leiden ist in einem Jahrzehnt um das Vierfache gestiegen. Die WHO mahnt, dass umfassende Gegenmaßnahmen unternommen werden müssen, um zu verhindern, dass die Diabetes schon 2030 weltweit zu den sieben häufigsten Todesursachen gehört. In manchen Ländern gibt es die Zuckersteuer, wie z.B. in Dänemark und Finnland. Diesen Ansatz wollen wir in Österreich nicht verfolgen. Wir wollen keine Besteuerung und damit eine Verteuerung und Belastung der Kunden. Jeder soll sich nur bewusst werden, welcher langfristigen Gefahr man langfristig bei einer Überkonsumation ausgesetzt ist.

Wir wollen den Menschen bei ihren Einkäufen „plakativ“ vor Augen führen, wieviel Zucker sie bei ihrer Konsumation je Produkt zu sich nehmen. Jeder Konsument soll sich auf simpelstem Weg über die Risiken noch einfacher bewusst werden können.

Die Liste Perspektive fordert, dass direkt am Marketing der Firmen andockt wird. Konsumenten lassen sich zu oft von den grünen Banderolen und den „guten pflanzlichen Süßungsmitteln“ täuschen, die ein gesundes Leben suggerieren. Der nichtwissende Bürger steht dabei vor dem Supermarktregal und greift zu dieser neuen Alternative, weil es ja „Gesund“ ist. Nur wird dabei nicht auf das Kleingedruckte geschaut, das verrät, dass z.B. in dieser 0,5 Liter Softgetränkflasche immer noch 11 Stückchen Würfelzucker stecken.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



166. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
24.Mai 2016

Antrag 3

Konzernberichte

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Länderbezogene Berichterstattung für Konzerne für eine bessere Transparenz

Während Großkonzerne durch legale Schlupflöcher keine Steuern an den Staat zahlen und dabei Milliarden einsparen, werden die Arbeitnehmer immer stärker belastet. Diese Rahmenbedingungen haben Regierungen in aller Welt, die dem Steuerwettbewerb verfallen sind und eifrig Unternehmenssteuern absenkten sowie Trickereien erleichterten, geschaffen. Dieser Zustand ist angesichts der Krisen und verschärften Ungleichgewichte für den „kleinen Mann“ untragbar geworden.

Wir als Liste Perspektive fordern die FinanzministerInnen der Europäischen Union auf, jetzt entschlossen gegen die Steuerhinterziehung von Unternehmen vorzugehen. Multinationalen Unternehmen muss die Veröffentlichung der wichtigsten Informationen darüber vorgeschrieben werden, wo sie ihre Geschäftstätigkeit ausüben und wo sie ihre Gewinne erzielen (länderbezogene Berichterstattung). Diese Informationen müssen der Öffentlichkeit ehestmöglich zugänglich gemacht werden. Transparenz ist der entscheidende erste Schritt zur Steuergerechtigkeit und sorgt dafür, dass Unternehmen ihren fairen Steueranteil dort bezahlen, wo sie ihre Geschäfte tätigen. Die Veröffentlichung wichtiger Unternehmensdaten kann einen Beitrag dazu leisten, dass der Staat die ihm zustehenden Steuern einnehmen kann. ArbeitnehmerInnen und die Öffentlichkeit können diese Informationen nutzen, um ihre Regierungen in die Pflicht zu nehmen. Darüber hinaus würde das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Steuersystem wieder gestärkt. Alle Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, für jedes Land, in dem sie wirtschaftlich tätig sind, ihre Umsätze, Gewinne, Subventionen, Steuerzahlungen (einschließlich Steuervorbescheiden) sowie die Anzahl der Beschäftigten anzugeben.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



166. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
24.Mai 2016

Antrag 4

„NEIN“ zur vorläufigen Anwendung von CETA ohne die Zustimmung des Nationalrates

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Das Wirtschaftsministerium hat nichts dagegen, wenn das Freihandelsabkommen CETA mit Kanada vorläufig in Kraft tritt. Für die Liste Perspektive ist es demokratiepolitisch inakzeptabel, dass ein Abkommen an den nationalen Parlamenten vorbeigeschleust werden soll. CETA darf ohne vorherige Zustimmung des Nationalrats nicht in Kraft gesetzt werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



166. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
24.Mai 2016

Antrag 5

Bankomatgebühren

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Nein zu Bankomatgebühren für das Abheben von Bargeld

Im Sparkassensektor wird immer wieder die Einführung von Gebühren bei Geldautomaten diskutiert. Wir sollen in Zukunft für die Abhebungen an Bankomaten Gebühren zahlen. Als Beruhigung für die „Kunden“ spricht man bei der Gebühr nur als eine für „Fremdkunden“ von anderen Banken.

Die Banken reden sich hier in der Diskussion oft auf die niedrigen Zinsen aus. Haben wir jemals von den Banken gehört, dass die Spesen gesenkt wurden, weil die Zinsen so hoch waren und deswegen ihre Gewinne groß? Wenn diese Gebühr kommt, werden wir in Zukunft für die reinen Automatenfilialen, in denen die Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden, auch noch Gebühren zahlen.

Wir als Liste Perspektive sind gegen jegliche Form von Bankomatgebühren für das Abheben von Bargeld.

| | | | | |
|-------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------------------|
| Angenommen <input type="checkbox"/> | Zuweisung <input type="checkbox"/> | Ablehnung <input type="checkbox"/> | Einstimmig <input type="checkbox"/> | Mehrstimmig <input type="checkbox"/> |
|-------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------------------|